

# Rathaus-Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer

28. Nov. 1946

Blatt 1674

Durch die Verwendung elektrischer Haushaltgeräte würde selbst eine gedrosselte Stromzufuhr unmöglich werden.

## Fortbildungsschüler spielen für notleidende Kinder

=====

Schüler der Wiener kaufmännischen Fortbildungsschulen fanden sich zusammen, um auch ihrerseits einen Beitrag für die notleidenden Wiener Kinder zu leisten. Sie veranstalteten am Donnerstag, den 28. November, in der Fortbildungsschule Hütteldorfer Straße einen bunten Abend, dessen Reinertragnis dem Bürgermeister der Stadt Wien, General Dr.h.c. Körner, zur weiteren Verwendung zur Verfügung gestellt wurde.

Die Veranstaltung bewies, daß sich die arbeitende Jugend nicht herumtreibt und schleichhandelt, sondern überall dort gerne zur Stelle ist, wo es zu helfen gilt.

## Die Philosophie des Marxismus

=====

Staatssekretär a.D. Ernst Fischer beginnt unter diesem Titel am Freitag, den 29. November 1946 um 18'00 Uhr im Saal des Instituts für Wissenschaft und Kunst, Wien 7., Museumstraße 5, II. Stock (hinter dem Volkstheater) eine Vortragsreihe, die am 6. und 13. Dezember 1946 fortgesetzt wird.

## Sonntag längere Besuchszeit in der Antifaschistischen

=====

### Ausstellung.

=====

Aus technischen Gründen wird Sonntag, den 1. Dezember ausnahmsweise die Besuchszeit der Antifaschistischen Ausstellung auf 8 Uhr bis 18 Uhr geändert.

### Kunstdünger für Erntelandinhaber

Die Mag. Abt. 53, Siedlungs- und Kleingartenwesen bringt an die Erntelandinhaber Kunstdünger zur Verteilung.

Die Ausgabe von 1 kg Superphosphat und 2 kg Kalisalz erfolgt ausschließlich gegen Vorweisung und Abstempelung der von der Mag. Abt. 53 ausgestellten Ernteland-Ausweiskarte 1946 bei der Österreichischen Pflanzenschutzgesellschaft, Wien VII., Mariahilfer Straße 88a, in der Zeit von 8 - 12 und 14 - 16 Uhr und zwar

am Montag,	den 2.,	9.	u.	16.	Dez.	für die Bezirke	1 bis 10,
"	Mittwoch,	"	4.,	11.	"	18.	" " " " 11 bis 18 und
"	Freitag,	"	6.,	13.	"	20.	" " " " 19 bis 26.

Papiersäcke sind mitzubringen. Ein Rechtsanspruch auf den Bezug besteht nicht.

Der Dünger ist derzeit nicht zu verbrauchen, sondern den Winter über trocken aufzubewahren.

Bei Gemeinschaftsvergebungen wird Dünger nur gegen Abgabe eines Bezugscheines ausgegeben, welcher ausschließlich von der Mag. Abt. 53, Siedlungs- und Kleingartenwesen, Wien I., Rathausstraße 2/11, gegen Vorweisung der Ernteland-Ausweiskarte 1946

am Montag,	den 2.	Dezember	für die Bezirke	1 bis 10,
"	Dienstag,	"	" " " "	11 " 18, und
"	Mittwoch,	"	" " " "	19 " 26

in der Zeit von 8 bis 12 Uhr ausgestellt wird.

### Starkes Auftreten des Nonnenfalters in der Steiermark

Im Schutzbezirk Weichselboden wurde durch Forstorgane der Stadt Wien ein starker Befall durch den Nonnenfalter festgestellt. Das heimgesuchte Gebiet umfaßt bereits 4.000 ha. Ein derartiges Auftreten des Nonnenfalters im Gebirge ist bisher noch nie beobachtet worden. Nach Ansicht der Fachleute kommt eine Bekämpfung nur mittels Bestäubung aus einem Flugzeug in Betracht. Die englischen Militärbehörden in der Steiermark haben ihre Hilfe bereits zugesagt. Da es sich auch um Waldbestände im

Quellenschutzgebiet der 2. Wiener Hochquellenwasserleitung handelt, ist die Stadt Wien an der Bekämpfung stark interessiert.

#### Wiederbelegung auf dem Hernalser Friedhof

=====

Nach dem 1. Februar 1947 werden die gemeinsamen Gräber der Gruppe 8 auf dem Hernalser Friedhof wiederbelegt. Enterdigungen von Leichenresten aus diesen Gräbern sind nicht zulässig. Am 2. Jänner 1947 werden in dieser Gruppe die Grabkreuze und sonstigen Gedenkzeichen auf Kosten und Gefahr der Eigentümer abgeräumt. Sie werden binnen Jahresfrist jenen Parteien ausgefolgt, die ihr Eigentumsrecht entsprechend nachweisen können und die durch die Abräumung erwachsenen Auslagen ersetzen.

#### Ausgabe der Ölsardinen

=====

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:

In dieser Woche wurden auf die Zusatzkarten Ölsardinen aufgerufen. Bei der Abgabe ist nur der aufgerufene Abschnitt abzugeben. Die Vorlage der alten Zusatzkarten, auf die in der Vorperiode eine Kundenzählung vorgenommen wurde, ist nicht erforderlich. Für die Warenabgabe an Nachzügler haben die Markt-entscheidungen in jedem Bezirk Nachzüglergeschäfte bestimmt.

#### Erdäpfelausgabe

=====

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:

Die Erdäpfelkleinhändler haben die einlangenden Erdäpfel zuerst zur Erfüllung der laufenden Aufrufe zu verwenden. Die Wochenabschnitte der 20. Versorgungsperiode sind bevorzugt zu beliefern. Die Ausgabe von Erdäpfel für Einlagerungszwecke darf erst nach Befriedigung der Wochenaufrufe erfolgen.

Sitzung des Gemeinderates  
=====

Der Wiener Gemeinderat trat heute um 17 Uhr unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. h.c. Körner zu einer Geschäftssitzung zusammen. Von den Gegenständen der Tagesordnung waren die meisten ohne Wortmeldung und ohne Debatte genehmigt. So der Antrag auf Stiftung des Großen Preises von Wien für das Motorradrennen der Polizeisportvereinigung, auf Auflassung einer Gasse in Mödling, sowie die nachträgliche Kenntnisnahme der vom Bürgermeister bereits verfügten Durchführung von Instandsetzung- und Umänderungsarbeiten in einem Gebäude auf der Hohen Warte, das die Gemeinde der Schwedenhilfe zur Errichtung eines Kinderheimes zur Verfügung gestellt hat. Ohne Debatte genehmigte der Gemeinderat ferner die Preise für die Städtischen Bäder in den Randgebieten von Wien, deren Höhe jenen in den übrigen Städtischen Bädern angeglichen ist, ferner einmütig mit der WIHOKO (Wiener Holz- und Kohlenverkaufsgesellschaft m.b.H.) abgeschlossenen Arbeitsvertrag.

Über einen Kollektivvertrag für die städtischen Forstarbeiter referierte Vizebürgermeister Speiser (SPÖ).

Er machte die Mitteilung, daß schon seit längerer Zeit Verhandlungen über ein neues Lohnrecht der Forstarbeiter der Bundesforste geführt wurden und nach dem vorgelegten Entwurf jetzt die Absicht besteht, die städtischen Forstarbeiter in gleicher Weise zu entlohnen. Lediglich die Akkordlöhne der städtischen Forstarbeiter werden um ein Geringes höher sein. Die durchschnittliche Erhöhung des mit der beantragten Regelung verbundenen Aufwandes wird rund 77 % betragen. Da vom Bund bis zur Regelung des Lohnrechtes, die in der Zwischenzeit erfolgt ist, Vorschüsse ausgezahlt wurden, erhielten solche nun auch die städtischen Forstarbeiter.

GR. Lifka (ÖVP) forderte eine einheitliche Regelung der Löhne bei der Bundesforstverwaltung und in den städtischen Forstbetrieben.

Vbgn. Speiser antwortete in seinem Schlußwort, daß die unwesentliche Besserstellung der Akkordlöhne der städtischen Forstarbeiter lediglich auf die schwierige/ Terrain- und Arbeitsverhältnisse in den städtischen Forsten zurückzuführen ist.

Bürgermeister Dr. Körner beantwortete sodann die an ihn in der letzten Sitzung gerichteten Anfragen und teilte mit, daß er auf Grund der Resolutionsanträge, die mit Vorschlägen zur Milderung der Notlage der Wiener Bevölkerung eingebracht worden waren, eine Denkschrift verfassen ließ, die die Forderungen der Stadt Wien an die Regierung enthielt. Er führte im einzelnen an:

"Um die Bedeutung der Denkschrift zu unterstreichen, habe ich sie persönlich in Begleitung der amtsführenden Stadträte Flödl, Sigmund und Dr. Matejka dem Herrn Bundeskanzler am Samstag, den 23. November l.J., überreicht. An die Überreichung der Denkschrift schloß sich eine eingehende Aussprache an, in der der Herr Bundeskanzler die zur Besserung der Lage getroffenen Maßnahmen bekanntgab und der Versicherung Ausdruck gab, daß alles geschehen wird, um eine einheitliche Behandlung aller Bundesländer zu gewährleisten.

Soweit es sich um Fragen handelt, die von der Stadt Wien im eigenen Wirkungsbereich behandelt werden können, wurden, soweit dies bisher möglich war, die entsprechenden Verfügungen getroffen. So kann ich mitteilen, daß bereits 23 Wärmestuben eröffnet worden sind. Es ist zu hoffen, daß es möglich sein wird, insgesamt 45 Wärmestuben in Betrieb zu nehmen. Allerdings hängt dies davon ab, ob die notwendigen Brennstoffe zur Verfügung gestellt werden können. Die beantragte ausschließliche Verwendung des zugewiesenen Baumaterials für die Behebung von Dach- und Wohnschäden ist nicht möglich, weil auch andere lebenswichtige Betriebe berücksichtigt werden müssen, wie Spitäler, Schulen, Kindergärten und dergleichen. Die Durchführung minderwichtiger Bauarbeiten ist verboten. Im übrigen verweise ich darauf, daß die Abstufung der Dringlichkeit der einzelnen Bauvorhaben vom Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau in einer umfangreichen Liste festgelegt ist. In Fälle, in denen Gefahr im Verzug ist, werden Bauaufträge an die Hausbesitzer erteilt. Eine generelle Erlassung von Bauaufträgen an die Hauseigentümer zum Zwecke der Instandsetzung von bombengeschnädigten Räumen wäre zwecklos, weil nicht genügend Baumaterial vorhanden ist, um die vorliegenden Bauansuchen befriedigen zu können. Um der unbefugten Verwendung von Baumaterial zu steuern, wurde die Polizei ersucht, die Bautätigkeit ebenfalls zu überwachen. Außerdem wurde durch eine Kundmachung vorgeschrieben, daß an allen Baustellen die Baube-

willigung ~~deutlich sichtbar~~ angebracht sein muß. Das Wohnungsanforderungsgesetz wird nach wie vor energisch gehandhabt. Im übrigen hat der Magistrat, wie aus Zeitungsnachrichten bekannt ist, in den letzten Tagen einen Entwurf eines neuen Wohnungsanforderungsgesetzes ausgearbeitet und dem zuständigen Bundesministerium überreicht. Den Wunsch, daß zur Wiederherstellung von Wohnräumen die Mittel des UNRRA-Fonds herangezogen werden, halte ich für undurchführbar. Die bezüglich der Holzbeschaffung und des Ankaufes von Ölöfen gemachten Vorschläge werden noch geprüft.

Ich bitte jedenfalls zur Kenntnis zu nehmen, daß die Gemeinde bestrebt ist, alles zu tun, um eine Erleichterung der Lage herbeizuführen."

Sodann wird in die Debatte über die Ausführungen des amtsführenden Stadtrates Sigmund (SPÖ) über die Versorgung der Wiener Bevölkerung mit Lebensmitteln im allgemeinen und mit Kartoffeln im besonderen eingegangen.

Als erster Redner sprach Vizebürgermeister Weinberger (ÖVP), der hervorhob, daß die Erklärungen des amtsführenden Stadtrates den Eindruck erweckten, als ob an den Ernährungsschwierigkeiten der Stadt Wien, und vor allem bezüglich der Kartoffelversorgung, einzig allein den Kartoffelwirtschaftsverband, bzw. den Landwirtschaftsminister oder den Landeshauptmann von Niederösterreich die Schuld treffe. In wirtschaftlich so ernsten Zeiten habe die Bevölkerung das Recht, den wahren Sachverhalt zu erfahren.

Wenn die Arbeiterzeitung nach der letzten Gemeinderats-sitzung geschrieben hat, daß ihr das Verhalten unserer Partei merkwürdig vorkam und sie den Eindruck gewonnen habe, als ob wir die Interessen von nichtablieferungswilligen Bauern oder gar von Wirtschaftssaboteuren schützen wollten, kann ich dazu nur feststellen, daß wir selbstverständlich ebenso wie alle anderen anständigen Vertreter <sup>in diesem Gemeinderat</sup> bemüht sind, der Bevölkerung alles zum Leben Notwendige zu geben.

Redner erinnert an die Erklärung des Ernährungsministers Dr. Frenzel im Budgetausschuß des Nationalrates, daß zwischen dem Ernährungsministerium und dem Land- und Forstwirtschaftsministerium keinerlei Zaun oder Mauer bestehe, sondern daß diese sozusagen zwei Zugpferde an denselben Wagen seien.

Redner erinnert an die Erklärung des Ernährungsministers Dr. Frenzel im Budgetausschuss des Nationalrates, dass zwischen dem Ernährungsministerium und dem Land- und Forstwirtschaftsministerium keinerlei Zaun oder Mauer bestehe, sondern dass diese sozusagen zwei Zugpferde an demselben Wagen seien.

Zu den Ausführungen des amtsf. St.R. Sigmund, dass die österreichische Kompensationsleistung an Salz gegenüber der Tschechoslowakei noch nicht vollkommen befriedigt werden konnte, stellt Redner fest, dass die UMRRA-Behörden das dringliche Ersuchen stellten, diese Mengen an Salz für andere ebenfalls sehr wichtige Kompensationszwecke zur Verfügung zu stellen. Der Unterschied in der Äpfelversorgung zwischen der Steiermark und Wien ist offensichtlich auch durch die so angestrebte Einrichtung der nach demokratischen Grundsätzen besetzten Versorgungsausschüsse nicht behoben worden. Wir können der Wiener Bevölkerung nur dann helfen, wenn wir alle unsere eigenen Verbindungen ausnützen um alle in Betracht kommenden Faktoren nicht vergessen zu lassen, dass auch Wien leben muss. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.) Es ist kaum anzunehmen, dass die Steiermark wenn ihr Brotgetreidebedarf nicht über den Semmering gelangt, Äpfel nach Wien liefern wird.

Vizebürgermeister Weinberger kommt sodann auf die Verantwortlichkeit des Landwirtschaftsministers sowie des Wirtschaftsverbandes und auf die Abfuhr von Speisekartoffeln in die Verwertungsanstalt Gmünd zu sprechen und verweist darauf, dass der Landwirt-

schaftsministers sowie des Wirtschaftsverbandes und auf die A-fuhr von Speisekartoffeln in die Verwertungsanstalt Gmünd zu sprechen und verweist darauf, daß der Landwirtschaftsminister die Pflicht habe, für die Aufbringung zu sorgen; die Verantwortung für die Verteilung habe aber ausschließlich der Bundesminister für Volksernährung. In dessen Verantwortung fällt daher auch der Umstand, daß so große Mengen für Wien bestimmter Kartoffel nach Gmünd gebracht wurden. (Hört, Hört-Rufe bei den Parteigenossen.)

Es sind ganz andere Schwierigkeiten dafür vorhanden, daß wir die im Lande befindlichen und auch verladenen Kartoffeln nicht bekommen, die wir zur Erfüllung des 50 Kilo-Programms brauchen. Trotzdem ist festzustellen, daß Niederösterreich in diesem Jahre weit mehr Kartoffeln nach Wien geliefert hat als je zuvor.

Der Redner wies darauf hin, daß heuer aus Niederösterreich viel mehr Kartoffel nach Wien geliefert wurden als in früheren Jahren. Man kann daher nicht behaupten, daß die niederösterreichischen Bauern unwillig waren, oder Wirtschaftssaboteure seien. (Rufe: Sehr richtig).

Vbgm. Weinberger erinnerte dann an einen Zwischenruf in der letzten Gemeinderatssitzung, der als Beleidigung Ministers Kraus empfunden wurde, ohne daß er vom Vorsitzenden zurückgewiesen worden wäre. Es wäre um Österreich besser bestellt, wenn wir lauter Männer von der Art des Ministers Kraus hätten. Kaum ein Mann in Österreich hat so viel Pflichten, wie gerade der jeweilige Landwirtschaftsminister (Rufe: Sehr richtig.)

Der Landeshauptmann von Niederösterreich hat alle Bezirkshauptleute zusammengerufen und ihnen aufgetragen, Vorsorge zu treffen, damit die Kartoffelversorgung in Ordnung durchgeführt würde. Darüber hinaus wurde auch das Landesernährungsamt angewiesen, alle Arbeiten zurückzustellen und sich nur der Kartoffelaufbringung zu widmen. Auch von der Geistlichkeit Niederösterreichs wurde von den Kanzeln gegenüber den Bauern auf die Notwendigkeit hingewiesen, den notleidenden Menschen in der Stadt Wien und auch in den Industriebezirken Niederösterreichs zu Hilfe zu kommen.

Es kann also nicht behauptet werden, dass der Herr Landeshauptmann von Niederösterreich nicht alles unternommen hätte, um die notwendigen Zufuhren von Kartoffeln zu ermöglichen.

Der Redner stellte bezüglich der Zuteilung von 150 kg im Bezirk Gmünd fest, dass diese Verfügung auf Grund einer Vorsprache von Vertretern der Bevölkerung vom Bezirkshauptmann verfügt worden sei, gegen die ausdrückliche Weisung des Landeshauptmannes von Niederösterreich und auch ohne Bewilligung des zuständigen Landesernährungsamtes. Der Bezirkshauptmann wurde wegen dieser Pflichtverletzung auch schwer gerügt.

Der Redner hatte mit seinen Ausführungen versucht, das richtig zu stellen, was in der letzten Sitzung des Gemeinderates zu einseitig dargestellt wurde. Die Wahrheit sei wesentlich anders. In Österreich hätten wir nicht nur in Bezug auf die Kartoffel sondern auch vieler anderer lebenswichtiger Artikel zu einem guten Teil alles im Lande, nur seien wir immer noch verhindert, die eigene Kontrolle und Verfügung über unsere eigenen Produkte zu treffen. (Rufe: Sehr richtig).

Zum Schluss sagte der Redner: " Sie mögen uns von den andern Parteien alles mögliche vorhalten. Fehler zu begehen ist menschlich, Eines kann nicht bestritten werden, dass wir dieses Österreich und dieses Wien und sein Volk über alles lieben, dass wir alles zu tun bereit sind, diesem Volk, zu seinem Glück und zu einer Stellung zu verhelfen, die ihm auf Grund seiner Leistung zukommt. Wenn aber behauptet wird, dass wir jemanden schützen, der verhindert, dass dieses Wien und seine Bevölkerung wieder zum Wohlstand gelangt, dann ist diese Meinung falsch, dann beschimpfen sie uns, und dann schaden sie einer Zusammenarbeit, die allein das erreichen wird, das wir alle zusammen wollen: Eine schönere Zukunft für unser Österreich und das Glück aller Menschen in Österreich und in Wien." (Starker Beifall bei den Parteigenossen.)

GR. Lauscher führte als nächster Redner aus: Meine Fraktion hat es begrüsst, dass Stadtrat Sigmund eine Anfrage zum Anlass genommen hat, um eine angeschminkte Darstellung der Ernährungsfrage der Wiener Bevölkerung zu geben. Ich finde es aber besonders charakteristisch, dass diese Auseinandersetzung erst nach Einbringung der Ernte stattgefunden hat. Die beiden grossen Parteien haben versucht, die Schuld auf einander abzuwälzen und darüber hinaus aber

die Auffassung vertreten, daß die Schuldfrage den Hunger der Bevölkerung nicht lindern könne.

Unsere Ansicht jedoch ist es, daß die klare Feststellung der wirklichen Schwächen und Mängel, die zu dieser Lage geführt haben, eine Voraussetzung ist, um daraus die Konsequenzen ziehen zu können. Unsere Fraktion hat von Anfang an der Sicherung der Ernährung eine entscheidende Bedeutung beigemessen. Wir haben bei verschiedenen Anlässen so z.B. am 26. Juni im Gemeinderat immer wieder gefordert, daß eine Änderung der bisherigen Ernährungspolitik durchgeführt wird. Unsere Fraktion hat es für notwendig erachtet, am 23. Oktober neuerlich zu verlangen, bei der Bundesregierung vorzusprechen und Maßnahmen zu fordern, wie die Schaffung einer einheitlichen Lenkung des Ernährungswesens und die Beseitigung der Wirtschaftsverbände.

Es ist notwendig öffentlich Rechenschaft über die Ernährungslage abzulegen, denn die Bevölkerung will endlich wissen, was in Österreich angebaut und was geerntet wurde. Wir haben verlangt, daß ein erbarmungsloser Kampf gegen alle Großschleikhändler geführt werden müsse und die Aufnahme handelspolitischer Beziehungen mit unseren Nachbarstaaten.

Der Gemeinderat muß sich mit seiner ganzen Autorität einsetzen, damit eine grundlegende Änderung der Ernährungspolitik durchgeführt wird. Die letzte Sitzung im Gemeinderat hat unsere Ansichten bestätigt. In den letzten Wochen haben die verantwortlichen Stellen sich endlich entschlossen einige Maßnahmen zu ergreifen.

Außerdem müssen wir feststellen, daß alle Maßnahmen reichlich spät ergriffen wurden und wir noch immer keine einheitliche Lenkung der Ernährung haben.

Heute geben alle langsam zu, daß die Wirtschaftsverbände versagt haben aber als wir vor Monaten schon dies sagten, wollte man unsere Vorschläge nicht zur Kenntnis nehmen. Jetzt erst erfahren wir, daß eine Reihe von Gesetzen in Verhandlung stehen die eine Änderung der Lage herbeiführen sollen. Die Entwürfe finden aber nur eine sehr geteilte Aufnahme.

Die kommunistische Partei hat sich bisher immer von der Erwägung leiten lassen, dass Wien mit den Bundesländern auf Gedeih und Verderb verbunden ist daher müsse auch der Versuch zurückgewiesen werden, den Kampf der KPÖ um die Ernährung der Stadt Wien hinzustellen als einen Kampf gegen die Bauern. Die kleinen und mittleren Bauern waren ja auch bisher schon immer bereit, <sup>abzuliefern</sup> worum es sich jetzt handelt, das sind jene Grossbauern und Grossgrundbesitzer, die ihre guten und bekannten Beziehungen auszunützen versuchen. Es muss heute wieder festgestellt werden, dass von den verantwortlichen Stellen noch immer nicht alle notwendigen Massnahmen getroffen wurden, um alle Möglichkeiten für die restlose Ausschöpfung unseres Landes durchzuführen.

Stadtrat Sigmund (SPÖ) begann seine Rede mit der Feststellung dass er sich auf seinem Posten als der Vertreter der gesamten Wiener Bevölkerung fühle, der, wenn er für die Wiener eine Gefahr sieht, sie auch deutlich und offen aufzeigt. Es konnte bei seinen letzten Ausführungen im Wiener Gemeinderat nicht die Rede davon sein, einen der öffentlichen Funktionäre irgendwelchen Lagers persönlich anzugreifen. Wenn Vizebürgermeister Weinberger darüber Beschwerde führt, dass er aus seiner damaligen Rede den Eindruck gewonnen hat, er hätte einzelne Personen zu Unrecht angeführt, dann sei er für diesen falschen Schluss nicht verantwortlich zu machen. Er habe damals ausdrücklich darauf verwiesen, dass es unerträglich sei, von einem Tag auf den anderen loben zu müssen. Dass der Bundeskanzler, wie Vizebürgermeister Weinberger damals ausführte, von einem Tag auf den anderen sorgen müsste, um das notwendigste Brot zu beschaffen, beweise die Richtigkeit der gemachten Ausführungen. (Rufe bei der SPÖ: Sehr richtig!)

Man darf es nicht darauf ankommen lassen, dass der Ernährungsreferent der Stadt Wien am Sonntag Mittag den Bundeskanzler als letzten aufsuchen muss um ihm zu sagen, dass die Brotfabriken in Wien am nächsten Tage kein Mehl mehr haben.

Ich habe nicht versucht, unrichtige Argumente zu gebrauchen, sondern nur, die Öffentlichkeit aufzurütteln. Der gegebene Anlass war unsere Kartoffelversorgung. Dass diese Massnahme notwendig war, ergibt sich daraus, dass sich wenige Tage nach unserer Debatte die Kartoffelaufbringung in zwei Liefergebieten Niederösterreichs auf das Fünffache, in einem Bezirk sogar auf das Zehnfache gesteigert hat. (Rufe: Hört, hört! bei den Parteigenossen.)

Die Lieferung ist von 24.000 auf 245.000 kg angestiegen. Den Wienern Kartoffeln zu bringen, war für mich das Maßgebende. (Lebhafte Beifall bei den Parteigenossen.)

Ich habe nicht gesagt, daß der Landeshauptmann Reither die Rede im Radio verweigert hätte. Ich habe dem Landeshauptmann im Hinblick auf den bevorstehenden Frost, um Stunden zu sparen, gebeten, seine Rede noch am 14. Nov. zu halten. Tatsächlich würde sie erst am Abend des 16. November gehalten. Der Landeshauptmann hat einige Tage nachher in einem Gespräch die Sachlichkeit meiner Ausführungen nicht in Abrede gestellt und bedauert, daß es bisher nicht gelungen ist, das 50 kg-Programm durchzuführen.

Das vom Vizebürgermeister Weinberger angeführte Defizit, da Minister Frenzel von 20.000 kg als zur Erfüllung des Programms notwendig und ich von 40.000 kg sprach, erklärt sich daraus, daß sich Minister Frenzel nur auf die Privathaushalte, ich aber auch auf die Werksküchen, Spitäler und Großverbraucher bezog, für die ich gleichfalls verantwortlich bin.

Als Verantwortlichen für die Kartoffelverwertung durch die Fabrik Gmünd habe ich ausdrücklich Ing. Rosenauer genannt. (Zustimmung b.d. Parteigenossen.) Ich habe nicht versucht, einen persönlichen Angriff auf einzelne Funktionäre, mögen sie der ÖVP, der SPÖ oder der KPÖ angehören, zu unternehmen, sondern ich habe eine Gefahr für die Wiener Bevölkerung aufgezeigt und den Gemeinderat gebeten, gemeinsam mit mir dieser Gefahr zu begegnen. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.)

Die Angelegenheit der Äpfelverteilung habe ich nur angeführt, um die Gemeinschaft des Wiener Gemeinderates dafür zu gewinnen, daß die Wiener nicht schlechter als irgendein anderer Bevölkerungsteil behandelt wird. (Erneuter Beifall b.d. Parteigenossen.) Es ist die Aufgabe des gesamten Wiener Gemeinderates, den Interessen der Wiener Bevölkerung gemeinsam zu dienen.

Die Frage, wer an den Schwierigkeiten schuld ist, kann man nähertreten, wenn die Gefahr vorüber ist und die Wiener ihre Kartoffel und ihr Brot gesichert haben. Gegenwärtig ist das Wichtigste, dafür zu sorgen, daß sie zu ihren Lebensmitteln kommen. Das ist meine erste Aufgabe und dafür werde ich wirken, so lange ich damit betraut bin.

Was die Ausführungen des Gemeinderates Lauscher betrifft, halte ich es nach wie vor für ein Unglück, dass die Wirtschaftsverbände heute noch nicht klar wissen, welchem Ministerium sie unterstellt sind, Aus dieser Zwitterstellung entspringt manche Erschwernis ihrer Tätigkeit.

Stadtrat Sigmund schloss seine Ausführungen mit der Bitte, an alle Parteien, gemeinsam mit ihm dafür zu sorgen, dass dieser Winter, der wirklich hart werden wird, nicht eine innere Spaltung, sondern die Gemeinsamkeit in dem Bemühen bringen werde, ohne Unterschied der Partei über alle Schwierigkeiten hinwegzukommen. (Allgemeiner starker Beifall.)

Am Schluss der Sitzung gelangten zwei Dringlichkeitsanträge zur Behandlung, denen die Dringlichkeit vom Gemeinderat zuerkannt wurde.

Der erste dieser Anträge wurde von GR. Steinhardt und Genossen (KPÖ) eingebracht. Er fordert eine Erhöhung der Richtsätze für Unterhaltsbeiträge. Zur Begründung führte GR. Steinhardt aus: Es sei notwendig die verantwortlichen Stellen auf die Not des von der Fürsorge der Stadt Wien erfassten Teiles der Bevölkerung aufmerksam zu machen. Der Redner führte Zahlen an, die anlässlich einer Tarifiergulation für Beamte errechnet wurden und zeigen, welche Beträge heute notwendig sind, um nur das Lebensnotwendigste zu kaufen. Die in Arbeit stehenden haben in der letzten Zeit wenigstens teilweise durch Lohnerhöhungen eine Verbesserung erzielt. Die in Fürsorge der GemeindecWien stehenden seien aber von all diesen Lohnerhöhungen unberücksichtigt geblieben. Vom Wohlfahrtsamt wurden im Jahre 1944 Richtsätze für die Auszahlung der Renten festgesetzt und seit dieser Zeit nicht mehr geändert. Der ärmste Teil unserer Bevölkerung kann aber mit diesen niedrigen Renten nicht mehr das Auslangen finden. Deshalb wird an den amtsführenden Stadtrat für das Wohlfahrtswesen der Antrag gestellt, raschestens eine Vorlage auszuarbeiten, die eine Erhöhung der Richtsätze für die Befürsorgten der Gemeinde Wien vorsieht. Bis zur Neuregelung der Richtsätze ist allen Befürsorgten zur Überbrückung ihrer Not eine einmalige Zuwendung auszubezahlen, die nicht rückzahlbar ist.

Zum Schluss wies der Redner darauf hin, dass eine Stadt, die stolz darauf sein kann, einen Tandler besessen zu haben, auch verpflichtet sei, im Sinne dieses Mannes zu handeln. (Beifall bei den Parteigenossen.)

Gleichzeitig mit diesem Antrag wird der in der letzten Sitzung von den Gemeinderäten Dr. Soswinsky und Genossen (KPÖ) eingebrachte Dringlichkeitsantrag behandelt, der die Auszahlung einer Beihilfe an die Hinterbliebenen der Opfer des Faschismus durch die Gemeinde verlangt. Der Antrag wurde vom Gemeinderat Dr. Soswinsky wie folgt begründet.

Er wies darauf hin, daß der Staat für diese Menschen bisher nichts getan habe, und es eine Schande sei, daß die Hinterbliebenen der Opfer des Faschismus schlechter behandelt würden als die der ehemaligen faschistischen deutschen Wehrmacht.

Stadtrat Dr. Freund (SPÖ) nahm zuerst zu dem Antrag des GR. Dr. Soswinsky Stellung und führte unter anderem aus: Ich darf vielleicht nicht nur in meinem Namen sondern auch im Namen meiner Partei aussprechen, daß wir selbstverständlich gerne bereit sind, den Opfern für ein freies Österreich jede Hilfe zu gewähren. Dabei müssen wir uns aber zuerst über die Form klar werden. Ich kann nur denjenigen durch die Gemeinde eine Unterstützung aussprechen, die sie wirklich notwendig brauchen.

Jeder Bedürftige, der ein Angehöriger eines Freiheitskämpfers ist, wird bevorzugt behandelt werden. Ich stelle aber fest, daß diese Zuwendungen nicht Sache der Gemeinde sondern eine Sache ganz Österreichs bzw. der Bundesregierung sind, in Form von höher festgesetzten Renten für alle dauernd zu sorgen und sie nicht mit einer einmaligen Zuwendung abzufertigen. Wer zu wenig verlangt für die, die mehr verdienen, erreicht weniger als er wollte. (Beifall bei den Parteigenossen.)

Zu dem zweiten vom GR. Steinhardt eingebrachten Antrag will ich vorerst an die Sitzung des Wohlfahrtausschusses am 1. Oktober erinnern, in der schon Frau GR. Potetz (SPÖ) den gleichen Antrag wie heute GR. Steinhardt gestellt hat. Ich kann dazu noch feststellen, daß GR. Steinhardt damals anwesend war. Diese Frage war also längst in Besprechung bevor der Antrag des Herrn Gemeinderates erfolgt ist und ich spreche mich nur deswegen nicht gegen den Antrag aus, damit diese so dringende Frage öffentlich besprochen werden kann.

Wenn GR. Steinhardt sagt, dass man alles dreimal sagen müsse, dann sei er der Überzeugung, dass man etwas nur einmal sagen soll, aber dafür am richtigen Ort. Un der richtige Ort ist in diesem Fall der Wohlfahrtausschuss, wo Gemeinderätin Potetz den Fall schon einmal angeschnitten hat.

Die gegenwärtigen Richtsätze der Fürsorge sind ungenügend. Das steht ausser Frage. Das Zahlenmaterial, das GR. Steinhardt vorgebracht hat, wäre dem Redner wohl nicht bekannt, er könne aber dafür mit Unterlagen dienen, die sich auf die teuersten Monate des heurigen Jahres beziehn. Darnach betragen die Ausgaben für eine erwachsene Person 23 S und für Kinder von 6 bis 12 Jahren, für die Lebensmittel mit besonders hohen Preisen aufgerufen waren, 30 S. Es ist selbstverständlich, dass aus den laufenden Fürsorgebeiträgen keine Neuananschaffungen gemacht werden können. Diese müssen vielmehr aus den einmaligen Sach- und Geldbeihilfen gedeckt werden, Der Befürsorgte kann natürlich auch damit keine Schuhe und Kleider kaufen.

Stadtrat Freund wies dann auf die Bemühungen des Wohlfahrtsamtes bei der Verteilung mit Kleidern hin, Trotzdem Millionen Kilogramm Kleidungsstücke gespendet worden sind, reiche diese Menge nicht aus, um alle Bedürfnisse zu befriedigen, Der Redner führte dann aus, dass der Kreis der zu Befürsorgenden kontinuierlich im Ansteigen begriffen ist. Die Anzahl der Unterstützungsempfänger beträgt gegenwärtig bereits 54.600. Im heurigen Jahr hat das Budget der Stadt Wien einen Betrag von 87 Millionen Schilling an Fürsorgeausgaben vorgesehen, Dieser Betrag ist jetzt schon überschritten worden, obwohl die Ausgaben für 1200 Kindergärtnerinnen, Fürsorgefrauen und Beamte gar nicht eingerechnet sind. Wenn GR. Steinhardt sagt, es sei eine Schande, wie die Fürsorge bei uns in Wien aussieht, so muss ihm geantwortet werden, dass es kaum irgendwo eine Stadt geben wird, die so wie Wien ein Viertel seiner Einnahmen für die Ärmsten ausgibt. (Beifall bei den Sozialisten.)

GR. Steinhardt hat die Erhöhung der Fürsorgesätze verlangt. Dazu wären aber langwierige Berechnungen notwendig. Es sei besser Teuerungszulagen zu den Renten zu gewähren. Diese würden für den Hauptfürsorgeempfänger 10 %, für die Mitunterstützten 20 % und für die magistratischen Pflegekinder 25 % Betragen. (Beifall bei den Parteigenossen.)

Eine weitere Sorge im Budget des Wohlfahrtamtes bilde die Frage unserer nicht heimkehrenden Kriegsgefangenen. Es wurde damit gerechnet, daß bis Ende 1946 doch alle Familienunterstützungen in die Auszahlung von Löhnen und Gehältern umgewandelt werden könnten. Wir sehen uns nun aber in unserer Hoffnung restlos enttäuscht.

Der Redner wies dann darauf hin, daß er sich während des ganzen Jahres bemüht habe, die Not unserer alten Leute etwas zu erleichtern. Es wurden zu diesem Zwecke Ausspeise- und Lebensmittelpaktionen ins Leben gerufen. Außerdem ist es mit Hilfe des Auslandes gelungen seit Oktober an die Hälfte der Dauerbefürsorgten 23.000 Pakete pro Monat mit einem Kaloriengehalt von mindestens 8.000 Kalorien ausgeben zu können. Weiter kann 30.000, hart an der Grenze der Befürsorgung stehenden Leuten, diese 8.000 Kalorien in Form von hochwertigeren Lebensmitteln als wir sie durch die Aufrufe bekommen, zugeteilt werden.

Daß unsere Fürsorge nicht befriedigend ist, das wissen wir alle. Daß diese Bettelfürsorge unsdrückt, verhehle ich nicht. Daß wir aber alle bemüht sind, unserem Dauerbefürsorgten das zu geben, worauf sie billigerweise Anspruch haben, hoffe ich ihnen mit meinen dürren Zahlen bewiesen zu haben.

Als nächster Redner stellte GR. Dr. Altmann (KPÖ) fest, daß die beiden Anfragen einen Gegenstand behandeln, der zweifellos dem Gemeinderat beschäftigen muß. Wir wissen, daß die Mittel, die uns zur Verfügung stehen bedauerlicherweise sehr gering sind, daß Wien nicht alles bekommt, worauf es Anspruch hätte. Ich glaube aber, daß die aufgezeigte Notlage bei den Opfern des Faschismus Anlaß sein müßte, das zu erkämpfen was unbedingt notwendig ist. Zur Frage der Fürsorgerenten glaube ich nicht viel sagen zu müssen. Es ist für jeden klar, daß die ~~nackten~~ Lebenserhaltungskosten schon über das hinaus gehen, was viele als Arbeitslohn beziehen und gewaltig über das, was den Armen und Bedürftigen gewährt wird. Ich glaube, daß wir hier die Pflicht und Schuldigkeit haben soweit zu helfen, als es uns nur möglich ist und daß der Antrag des Gemeinderates Steinhardt nicht darüber hinaus geht. Zu der Frage der Fürsorge für die Opfer des Faschismus kann ich mich nur den Ausführungen des Herrn STR. Dr. Freund anschließen.

Ich weiß, daß es sich auch hier nicht um eine unmittelbare Aufgabe der Fürsorge handelt, aber wir können uns doch nicht verhehlen, daß der Staat seinen Verpflichtungen in einem viel zu bescheidenen Maß nachgekommen ist. Wir haben durch unseren Antrag durchaus nicht ausdrücken wollen, daß die Gemeinde Wien dauernd die Fürsorge für diese Menschen übernehmen soll.

Die Debatte wurde von Stadtrat Honay (SP.) abgeschlossen, der diese Gelegenheit wahrnahm, um dem Gemeinderat einen Überblick über die finanzielle Lage der Stadt Wien zu geben. Er erklärte einleitend, daß er es als seine Pflicht erachte, den kommunistischen Antrag nicht allein von der finanziellen sondern auch von der prinzipiellen Seite zu beleuchten. In diesem Hause hat es bisher drei verschiedene Verwaltungssysteme gegeben: Bis 1918 hat eine Mehrheit vollständig unkontrolliert verwaltet. Seit 1919 ist eine andere Partei zur Herrschaft gelangt, neben der die frühere alte Partei ein weitreichendes Kontrollrecht bekommen hat. Nach 1934 hat das dritte, das verwerflichste System der Verwaltung in diesem Hause Platz gegriffen, das nur der Diktatur und Barbarei diene und jede Opposition ausschaltete. Die Opposition war nur mehr außerhalb des Hauses zu finden, und zwar in den Kerkern, den Konzentrationslagern und später auch unter dem Galgen. Seit 1945 besteht ein viertes System, das allen drei politischen Parteien ermöglicht, an der Verwaltung aktiv teilzunehmen. Dieses System wird seit eineinhalb Jahren gehandhabt und hat sich bestimmt nicht zum Schaden der Wiener Bevölkerung ausgewirkt. Es ist nur zu bedauern, daß die Kollegen der kommunistischen Partei die aktive Teilnahme an der Verwaltung mit dem "süßen Brot" der Opposition verquicken wollen. Das wird auf die Dauer nicht möglich sein. Wir haben die Verpflichtung, als verantwortungsbewußte Verwalter in diesem Hause darauf zu sehen, daß die Konzentration der drei Parteien nicht nur auf dem Papier sichtbar wird, sondern sich auch praktisch in der Verwaltung auswirkt. Das soll allerdings nicht so weit getrieben werden, daß sich die drei Parteien in diesem Hause jeder politischen Arbeit begeben, aber es wäre jedenfalls zweckdienlich, wenn solche weitgehende Anträge, wie die der kommunistischen Partei, vorher in kollegialer Form besprochen werden würden.

Stadtrat Dr. Fraund hat den richtigen Grundsatz vertreten, dass für die Opfer des Faschismus nicht die Fürsorge die geeignete Entschädigung ist, sondern dass für diese Opfer ein Recht auf Unterstützung besteht. Die Gemeindeverwaltung ist aber nicht die geeignete Körperschaft, um hier etwas zu tun.

Zur finanziellen Seite der Anträge erklärte der Redner, dass vor wenigen Monaten in sehr eingehenden und gründlichen Beratungen ein Voranschlag für das Jahr 1946 beschlossen wurde. Es ist allen bekannt, dass im öffentlichen Haushalt ein Abgang von 38 1/2 Millionen Schilling zu verzeichnen ist. Um die Kriegsschäden bedecken zu können, musste ein ausserordentlicher Haushaltsplan aufgestellt werden, in welchem eine unbedeckte Summe von 53 Millionen Schilling aufscheint. Bei diesem Abgang von zusammen 91 Millionen Schilling besteht nun die Verpflichtung zu sehen, dass keine weiteren Belastungen kommen. Der Abgang sollte durch einmalige Erhöhungen, Einsparungen und Kreditoperationen bedeckt werden. Eine Kreditoperation ist aber unmöglich, solange die Währung nicht in Ordnung gebracht ist. Die Einnahmeerhöhungen betragen vom 1. Jänner bis 30. Oktober 1946 rund 17 1/2 Millionen Schilling. So wurden durch die Erhöhung der Vergnügungssteuer statt der veranschlagten 10 Millionen Schilling tatsächlich 17 Millionen Schilling eingenommen. Durch die Lohnsummensteuererhöhung sind statt 6 Millionen 9 Millionen Schilling eingegangen. Durch die günstige Weinernte hat auch die Getränkesteuer eine Aufwärtsbewegung erfahren, sodass sie statt 2 1/2 Millionen 5 Millionen Schilling eintrug. Auch Industrie und Gewerbe erholen sich langsam, denn statt der gedachten 27 Millionen Schilling sind 30 Millionen Schilling an Gewerbesteuer eingenommen worden. Diesen erfreulichen Aufwärtsbewegung der Gemeindeabgaben steht aber eine ebenso unerfreuliche Aufwärtsbewegung des Sach- und Personalaufwandes gegenüber. Allein die Bevorschussungen auf eine künftige Gehaltsregelung bei den Gemeindeangestellten machen für September und Oktober über 4 Millionen Schilling aus. Insgesamt wurden 28 Millionen Schilling mehr für Sachaufwand ausgegeben, als präliminiert worden ist. Bei genauer Durchrechnung und Gegenüberstellung der Einnahmen und Ausgaben ergibt sich, dass das ursprünglich angenommene Defizit von 38 Millionen Schilling tatsächlich erreicht worden ist. Durch die verlangsamte Rückkehr der Kriegsgefangenen ist die Gemeinde Wien um einen Betrag von 3 1/2 Millionen Schilling zu Schaden gekommen.

Es wurden von 53 Millionen Schilling die für ausserordentliche Ausgaben für die Wiederherstellung von Gemeindeobjekten ausgeworfen wurden, in den ersten 9 Monaten trotz aller Materialknappheit bereits 33 Millionen Schilling ausgegeben. In der Zeit von Jänner bis September wurden 204 beschädigte Schulen wieder benützbar gemacht, 75 Kindergärten wieder instandgesetzt, 21 Amtshäuser, 20 Feuerwehrgebäude, 15 Mutterberatungsstellen, 14 Tbc-Fürsorgestellen und 15 normale Fürsorgestellen wieder ihrer Verwendung zugeführt. Am Kanalnetz wurden alle Kriegsschäden beseitigt, 8.807 Wohnungen wieder bewohnbar gemacht. Diese Leistungen haben wir in erster Linie unseren Arbeitern zu verdanken und auch die Verwaltung hat sich angestrengt, die Kriegsschäden möglichst bald zu beseitigen. (Beifall bei den Parteigenossen.)

GR. Steinhardt hatte verlangt, die Anstrengungen auf dem Gebiete der Fürsorge im Sinne Prof. Tandlers zu vergrössern. Stadtrat Honay führte an, dass es gelungen sei, die Fürsorgetätigkeit Prof. Tandlers auf einem Gebiet sogar schon zu überflügeln. Prof. Tandler hat auf dem Gipfelpunkt seiner Leistungen für Erhaltungsbeiträge 18.1 Millionen Schilling ausgegeben. Wir werden wenn der Voranschlag für 1947 beraten wird, 26 Millionen Schilling für diesem Zweck aufwenden. Im Jahre 1939 hatte die Gemeinde eine sehr ergiebige Quelle für die Fürsorge. Es gab die sogenannte Fürsorgeabgabe, die der Gemeinde 58.6 Millionen Schilling eingebracht hat. Wenn wir dieser eine gleichartige Steuer - das wäre die Lohnsummensteuer - gegenüberstellen, so ergibt dies den lächerlichen Betrag von 11 Millionen Schilling. Daß wir aber trotzdem für die Fürsorge einen so hohen Betrag eingesetzt haben, beweist, daß wir wissen, was wir den Ärmsten dieser Stadt schuldig sind. (Beifall bei den Parteigenossen.)

Bezüglich der Behandlung der zwei eingebrachten Anträge schloß sich der Redner den Ausführungen des Fachreferenten, Stadtrates Dr. Freund, an. Er sagte, daß er aus einer neunköpfigen Ottakringer Arbeiterfamilie stamme, in der große Not herrschte und daher könne man ihn das soziale Verständnis für die Sorgen der Ärmsten dieser Stadt nicht absprechen. Er stimme den Antrag den Hinterbliebenen der Hingerichteten des Faschismus etwas zu geben zu, weil erselbst zwei Jahre lang in Buchenwald und Dachau erlebt habe, was es heißt Opfer einer faschistischen Diktatur zu sein.

Es bestehe die feste Absicht im Rahmen der Ausführungen des Fachreferenten und im Sinne der beiden Anträge helfend einzugreifen. Sie werden aber nicht restlos erfüllt werden können. Stadtrat Honey hat die beiden Anträge der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zuzuweisen. (Allgemeiner Beifall.)

Damit war die Tagesordnung erschöpft.

Eine von den Gemeinderäten Lauscher und Genossen (KPC) eingebrachte Anfrage an den Bürgermeister, in der die Ausgabe von Schuhen und Wäsche an die Jugendlichen verlangt wird, wird schriftlich beantwortet werden.

Schluss der Sitzung 20 Uhr.